

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreigepaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Zum Frühlingsfest

Du, Mann der Arbeit, heraus, heraus!
Zu Ende ist Winters Nacht und Graus,
Es zieht mit lachendem Sonnenschein
Der jugendkräftige Frühling ein.

Nun zieh hinaus ins grünende Feld
Und lausche der neu erstand'nen Welt,
Die farbenprächtige Wunder schafft
Mit ewig sich verjüngender Kraft.

Dem Frühling lausche, dem fröhlichen held,
Wie er im fluge erobert die Welt,
Wie er den trübsigen Winter bezwingt
Und Licht und Leben zur herrschaft bringt.

Dem Licht und Leben, der Blütenpracht
Muß weichen des Winters eisige Macht;
Was morsch und alt, verwest und verdorrt,
Das treibt im Sturme der Frühling fort.

Der Lenz ist Leben, ist ewige Kraft,
Die kraftvolles Leben zutage schafft;
Er duldet ein ewiges Dunkel nicht,
Der Frühling ist heit'res Sonnenlicht.

Und willst du jung wie der Frühling sein,
Dann bade die Seele in Sonnenschein;
Dann hilf zerreißen die geistige Nacht,
Die deine Klasse so elend macht.

Dann sei ein tapf'rer, mutiger held
Und schlag den finstern feind aus dem feld,
Der dir mit ewigen fesseln droht,
Mit ewiger Nacht, mit Elend und Not.

Dann brause wie der Frühling daher
Und mach' zuschanden des feindes Wehr,
Und raste nicht, bis der feind besiegt,
Zermalmt und zerschmettert am Boden liegt.

Dann bringe du, ein fröhlicher held,
Den heitern Frühling der ganzen Welt
Und leuchte in dunkle Winkel hinein
Und bringe dort Licht und Sonnenschein.

Ch. Lampe.

Ostern.

Ostara hieß die Frühlingsgöttin bei den heidnischen Alten. In ihr begrüßten sie nach dem langen, niederbrückenden Winterschlaf der Natur das wiedererwachende Leben, den Frühling, das Licht. Indem sie einer „Göttin“ huldigten, gaben sie ihrer lebhaften Freude über den einkehrenden Lenz und ihrer Hoffnung auf ein fruchtbares Jahr festlichen Ausdruck. Denn in Ostaras Händen lag es auch, die Saat des Frühlings gedeihen oder verderben zu lassen.

Die christliche Kirche hat, wie in so vielen Fällen, auch hier eine alte Form benutzt, um sie mit neuem Inhalt zu erfüllen. Die Frühlingsgöttin wurde von ihrem heidnischen, blumenumkränzten Thron gestürzt und das Kreuz ward aufgerichtet, an dem der nazarenische Märtyrer hing — rechts und links flankiert von schmerzlichen Verbrechern.

Man braucht nur das heidnische und das christliche Bild nebeneinander zu stellen, um den krassen Unterschied zu gewahren, der hier zwei Weltanschauungen mit scharfem Schnitt trennt — trotz des übernommenen Titels „Ostern“.

Wachende, sorglose Daseinsfreude, die ihre Wurzeln tief in dem natürlichen Geschehen hatte, auf der einen — ein düsteres, drohendes Menetekel auf der andern Seite.

Allerdings ist das Osterfest auch im christlichen Sinne ein Freudenfest; denn es feiert ja die Auferstehung des Gekreuzigten. In früheren Zeiten — so wird berichtet — fielen die Christen sich am Ostermorgen mit dem Ruf: „Christ ist erstanden!“ jubelnd in die Arme und küßten sich. Aber diese und andere Freudenbezeugungen ändern nichts an dem düsteren Hintergrund, können es nicht vergessen machen, daß im Grunde die Entfugung gefeiert wird.

Die Entfugung und die Sühne.

Das Christentum ist im gewissen Sinne die Verneinung

des irdischen Lebens. Unser irdisches Dasein ist nach ihm nur eine Vorstufe für das himmlische. Denn die Menschheit ist hier der Sünden voll — war sündig von allem Anfang an, seit die ersten Menschen vom Baume der Erkenntnis gegessen hatten. Christus hat sie durch seinen Kreuzestod entzühnt; er hat, nach kirchlicher Auffassung, dadurch die Möglichkeit geschaffen, daß der Sünder sich mit seinem Gott versöhne. Aber „sündig“ ist die Menschheit geblieben, das wird ihr in diesen Tagen von diversen Kanzeln herab aufs neue bescheinigt werden.

Die moderne Arbeiterschaft hat keinen Grund, dieser Auffassung zu widersprechen. Die Welt ist in der Tat so „sündig“ wie nur je, so barbarisch und ganz gewiß nicht weniger borniert als zu Jesus Zeiten; denn das selbstgefällige, gesättigte Pharisäertum macht sich breit wie ehemals, und wo ein neuer Gedanke sieghaft auftaucht, die Leiden des Volkes zu lindern, da dürfen seine Vertreter mit absoluter Sicherheit auf Schmutzwürfe, Verhöhnung und feige Denunziationen rechnen. Die Gesinnungsverfolgung aber ist heute in ein besseres System gebracht als zu Pontius und Pilatus Zeiten, und wer Märtyrer sucht, kann sie zu Duzenden finden. Wenn sich keine öffentlichen Galgen, Kreuze und Scheiterhaufen mehr erheben, so ist es gewiß nicht die Schuld der Herrschenden und sicherlich nicht das Verdienst derjenigen, die so gern mit ihrem Christentum prahlen, aber der aufstrebenden Arbeiterklasse die „staatszerhaltende“ Gesinnung am liebsten mit Maschinengewehren einimpfen möchten.

Darin begegnen sich die Reaktionäre aller Schattierungen: daß dem Volk vor allem immer wieder seine „Sündigkeit“ zu Gemüte geführt werden müsse, und sie haben es ganz famos verstanden, aus der Auflehnung gegen empörende wirtschaftliche oder politische Zustände eine verdammenswerte Auflehnung gegen den Himmel zu machen! Zu dieser aber hat der „Sünder“ kein Recht.

Der Sünder — das heißt natürlich: wenn er zugleich Arbeiter ist oder doch den „niederen Volksschichten“ angehört — muß froh sein, leben und Ruhe tun zu dürfen. Er soll freudig hungern, soll bescheiden gegenüber den Vor-gekehrten und „höheren Volksschichten“ sein und darf allenfalls Sonn- und Feiertags den Mund aufstun, um für das Wohl seiner Landesväter zu beten. Denn das Volk ist der Padesel, der Sklave, der Universal Sünder, der alle Lasten, alle Erniedrigungen, alle „Ruhe der Menschheit“ widerspruchslos auf sich zu nehmen hat.

Das vergangene Jahr besonders hat ihm diese Auffassung der Herrschenden und Besitzenden so oft und so deutlich eingebläut, daß es selbst einem Teile der christlich organisierten Arbeiter zu bunt geworden ist und sie zu zweifeln beginnen, ob die volksverräterische Haltung ihrer Führer sich denn wirklich mit echt christlichen Grundsätzen deckt.

In Wahrheit ist doch die Fülle der volksfeindlichen Handlungen eine Vergewaltigung auch des Christentums; denn sie schlagen dem Prinzip der Nächstenliebe usw. brutal ins Gesicht.

Aber wo ist in diesem Hegeusabbat von volksbedrückenden Maßregeln ein einziger aus den Kreisen der Herrschenden aufgestanden, der mit Donnerstimme die Rechte des Volkes verkündigt hätte? Wo waren die berufsmäßigen Verherrlicher des Gekreuzigten, die sich im brennenden Gefühl der Scham erhoben hätten, um der Welt wieder einmal, wie zu Christus Zeiten, in flammenden Worten das Gewissen zu schärfen?

Ja, wo waren sie?

Wir haben sie nicht gesehen und gehört.

Aber wir haben gesehen und gehört, wie alle diejenigen, die das Christentum in Erbpacht genommen zu haben glauben, sich in mehr oder minder gewundener Haltung auf die Seite der Volksfeinde gestellt haben!

Wachtung! Verbandsmitglieder! In Frankfurt a. Main und in Karlsruhe stehen unsere Kollegen in schweren Lohnkämpfen. Haltet jeden Zug auf das strengste fern!

Die frei organisierte Arbeiterklasse läßt in religiöser Hinsicht jeden nach seiner Fassung selig werden. Aber von den Führern wenigstens sagt man doch — es sei dahingestellt, ob mit Recht oder Unrecht —, daß sie „Heiden und Atheisten“ seien.

Akzeptieren wir einmal diese Benennung so allgemein, wie sie von den Gegnern ausgesprochen wird, so ist die Tatsache zu konstatieren, daß es wieder einmal diese „Atheisten und Heiden“ gewesen sind, die das Interesse der Armen und Gefnechteten verteidigt haben gegen den Uebermut der Geuchler und Pharisäer!

Man vergegenwärtige sich nur einmal, wie die Besitzenden und Herrschenden mit dem Volk umspringen würden, wenn es keine „Heiden und Atheisten“, d. h. wenn es keine freien Gewerkschaften und keine Sozialdemokratie gäbe!

Gewiß, uns leiten keine religiösen Motive. Was wir, was unsere Organisationen tun, geschieht aus dem Gefühl für soziale Gerechtigkeit heraus. Wir wollen die schmählichen, aller Menschlichkeit Hohn sprechenden Zustände beseitigen, die heute schlimmer auf dem Volke lasten als je.

Sie lasten auf der arbeitenden Klasse wie ein strenger, heißender Winter auf der Natur lastet. Beide lassen die Werte schaffenden Kräfte nicht zum Ausbruch kommen, die sich vielgestaltig und fruchtbarheißend dort unten regen.

Frühling und Sonne — die Entfesselung und die Erhellung des Daseins — werden der Arbeiterklasse vorenthalten. Mit immer neuen Einfällen ist die Bureaucratie am Werk, die emporstrebende Arbeiterklasse niederzudrücken. Man entredet das Volk politisch und schnürt es ökonomisch in spanische Stiefel. Man schafft ihm neue Möglichkeiten der Leiden und streift ihm die Freude am Dasein.

Denn das Volk ist dazu da, um Buße zu tun. Nicht heute, nicht morgen nur, nicht an einem, nicht am Bußtag, sondern an allen Tagen.

Wir meinen, der Buße ist's genug.

Wir brauchen Freude, brauchen Lust am Leben! Brauchen den heiteren — unerschrockenen „heidnischen“ — Sinn der Alten, die ihrer Göttin Ostara entgegenjauchzten, weil sie Selligkeit, Blüten und Fröhlichkeit auf ihrem Sonnenwagen brachte.

Wir wollen aus der Bitterkeit, aus den winterlichen Fesseln heraus.

Wir wollen teilnehmen an den Genüssen des Daseins, an den Segnungen der Kultur.

Wird es uns gelingen?

Die reaktionären Laten sind gewiß ein winterlicher Fluß im Leben der Völker, aber sie wirken doch auch wie ein Pflug auf dem Brachland der Volksgemeinschaft; sie wühlen die Hirne und Herzen derjenigen auf, die bisher im Winterschlaf gelegen haben; sie bereiten den Boden vor, auf dem unsere Saat, die Saat der Organisation und des Freiheitskampfes, emporkeimen wird.

Noch drückt uns der starre Winter einer verfinsterten Gesellschaftsordnung.

Aber Ostara, die Lichtbringerin, geht durch die Lande, und langsam dehnt und reckt sich die Frühlingskraft in den Tiefen.

Eines Tages wird sie die Eisdecke sprengen. Dann wird unser Ostern sein. Dann wird uns Licht und Freude werden.

Und die Fruchtbarkeit wird über die Lande kommen.

Der preussische Wahlrechtsentwurf nach der dritten Lesung.

Am 16. März hat das preussische Abgeordnetenhaus die Wahlrechtsvorlage in dritter Lesung angenommen, nicht etwa das Nachwerk der Regierung, sondern ein noch viel schlimmeres Scheusal, so vorjüngstlich, wie es kaum ein Bethmann Hollweg verantwortet hätte. Nach den preussischen Verfassungsvorschriften muß nunmehr binnen 21 Tagen nach der dritten Lesung eine wiederholte Abstimmung stattfinden, worauf das Gesetz an das preussische Herrenhaus gelangt. Wendert das Herrenhaus etwas an dem Gesetz, so kann sich das Abgeordnetenhaus entweder diesen Beschlüssen anschließen oder es beschließt seinerseits anders, worauf das Gesetz so lange zwischen beiden Häusern hin- und herwandert, bis übereinstimmende Beschlüsse erzielt sind. Dann steht dem König noch immer das Recht der Sanction (Genehmigung) oder Verwerfung zu. Eine Ausübung dieses letzten Rechtes dürfte nach parlamentarischer Voraussicht in diesem Falle ausgeschlossen sein; denn einmal hat sich die preussische Regierung mit ihrer Wahlrechtsvorlage völlig in die Hände der Landtagsmehrheit gegeben und damit für Preußen das parlamentarische Regime etabliert, und dann hat der preussische Ministerpräsident auch bereits die Zustimmung der Regierung zu den Landtagsbeschlüssen erteilt. Die Resignation der Regierung ging sogar so weit, daß der Geheimrat v. Falkenhahn in dritter Lesung ausdrücklich das Abgeordnetenhaus davor warnte, den

Motiven der Regierungsvorlage, also der Begründung derselben, noch irgendwelche Bedeutung beizulegen. Dafür also hat die Regierung jahrelange Vorbereitungen nötig gehabt, umfangreiche Wahlstatistiken veranstaltet und veröffentlicht und mit ihrem Entwurf und dessen Begründung den Hohn des preussischen Volkes herausgefordert, um das alles jetzt unter den Fußtritt der Mehrheitsparteien auf den Schindanger zu werfen. Eine Regierung, die sich in solcher Weise selbst desabouiert, hat keinerlei Grundsätze und Ideale zu verteidigen, die das Sanktionsrecht der Krone angehen. Höchstens könnten Erwägungen, die außerhalb der Sphäre des Parlaments liegen, Notwendigkeiten, die von sehr realen Machtfaktoren außerhalb des preussischen Landtages diktiert werden, die Regierung oder Krone noch in letzter Stunde vielleicht veranlassen, dem zustande gekommenen Nachwerk die Zustimmung zu verweigern.

Diese Machtfaktoren hat die Landtagsmehrheit bei ihren bisherigen Beschlüssen absichtlich ignoriert. Herr v. Heydebrand erklärte bei der dritten Lesung des Entwurfes: „Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das, was hier beschlossen werden wird, ganz gewiß nicht überall Beifall finden wird. Wir sind ganz sicher, daß die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preussische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen her kennen, mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Im allermeisten sind wir aber davon überzeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird. Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. Und es beruhigt uns daher, daß diese Anerkennung dem Werke nicht zuteil wird.“

Der Führer der preussischen Junkerpartei weiß also sehr gut, daß die große Masse, die Mehrheit des preussischen Volkes, nicht hinter den Beschlüssen des Landtages steht. Er ist zynisch genug, auf den Beifall der Massen, auf ihre Anerkennung zu pfeifen — ja, er rühmt sogar die Mißachtung dieser Volksmehrheit als eine vaterlandsrettende Tat! Es bleibt abzuwarten, ob die übrigen Faktoren der preussischen Gesetzgebung ebenso denken. Herr v. Bethmann Hollweg hat dem Landtagsprodukt bereits zugestimmt; er übernimmt damit zugleich die Verantwortlichkeit für die Motive der Verfasser desselben. Vom Herrenhaus ist eine andere Würdigung der Volksmehrheit nicht zu erwarten — der König indes wird sich zu entscheiden haben, ob Hof und Reifige allein seinen Thron stützen sollen, oder ob auch der freie Mann im Vaterland noch etwas gilt. Herr v. Heydebrand und Herr v. Bethmann Hollweg, die der Mehrheit des preussischen Volkes so dreist den Willen einer kleinen Minderheit entgegenstellen, dürften wahrscheinlich sehr erstaunt sein, wenn diese Volksmehrheit den Herren wahrnehmbar machen würde, daß sie für die Gegenwart und Zukunft Preußens doch wohl ein ausschlaggebender Faktor ist als das preussische Junkertum mit seinem verbündeten Pfaffenanhang! Es bedarf nur noch solcher dreister Proklamationen wie der Landtagsbeschlüsse dritter Lesung und solcher nichtsnutziger Herausforderungen des Volkes, wie der Reden der Heydebrand-Bedlitz-Nichtshofen, um die große Masse zu Schritten hinzureißen, die für Preußens Industrie und wirtschaftliche Wohlfahrt von tiefeschnendster Bedeutung werden können. Dann dürfte sich — zu spät — herausstellen, auf wessen Schultern die Zukunft Preußens ruht.

Die Landtagsbeschlüsse dritter Lesung haben die Situation der preussischen Wahlrechtsfrage völlig umgewandelt. An die Stelle der direkten und öffentlichen Wahl der Urwähler ist die indirekte, aber geheime Wahl getreten. Die letztere beschränkt sich aber auf die Urwähler; die Wahlmänner haben den Abgeordneten nach wie vor öffentlich zu wählen. Das Dreiklassensystem soll erhalten bleiben. Die Abschwächung der plutokratischen Wirkung, die der Vorschlag der Regierung bringen sollte — durch Maximierung der anzunehmenden Steuerleistung auf M 5000, ist vom konservativ-ultramontanen Wahlrechtsblock umgeworfen worden: Die Maximierung wurde auf M 10 000 erhöht. Von den zahlreichen Vorschlägen des Regierungsentwurfs, die eine Emporhebung von Wählern dritter Klasse in eine höhere bezweckten, hat das Abgeordnetenhaus keinen einzigen begnabet. Wohl aber hat es an Stelle des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs und des Doktorprivilegs ein Abiturientenprivileg geschaffen, das den Inhabern des Reifezeugnisses ein Wahlrecht zweiter Klasse verleiht. Das Abiturium wird gemeinhin im Alter von 17 bis 18 Jahren erworben. In diesem Stadium der Entwicklung eines männlichen preussischen Staatsbürgers entscheidet es sich, ob er wenigstens zweifelhafte wird oder ob er ewig verdammt sein soll, zur Klasse der Entrechteten zu zählen. Wer nicht zwei Jahre die Prima einer höheren Unterrichtsanstalt besuchen konnte, scheidet von vornherein dabei aus — wer sich aber dank vermöglicher Eltern diese bevorzugte Qualifikation ersitzen konnte, und wenn es dann noch gelingt, eventuell mit Hilfe der beliebten Pressen, die „Reifeprüfung“ zu bestehen, der hat erreicht, was Millionen unerreicht bleibt. Er rückt in die Reihen der „staats-erhaltenden“ Klassen, die das preussische Junkerregiment stützen helfen dürfen.

Die Drittelung nach Urwählerbezirken bleibt erhalten, trotz aller Anstrengungen der Nationalliberalen, sich durch Drittelung der ganzen Wahlkreise an den Arbeiterwählern schädlos zu halten für das, was ihnen an anderer Stelle verloren geht. Die Urwahlen sollen für Orte bis zu 3000 Einwohnern nach Terminswahlen vorgenommen werden. Das bedeutet Arbeitszeitverlust für die Wähler, aber auch Illusorischmachung der geheimen Wahl, für deren Sicherung nicht die mindesten Garantien gefordert oder geschaffen wurden. Bei der Terminswahl müssen alle Wähler zur gegebenen Stunde anwesend sein und so lange anwesend bleiben, bis der Wahlakt erledigt ist. Sie müssen ihr Votum gleichsam „vor versammeltem Mannschaff“ abgeben, und

mer da weiß, welche Wahlbeeinflussungen selbst beim Reichstagswahlrecht noch versucht und häufig auch erfolgreich durchgeführt werden, der kann sich einen Begriff davon machen, wie es auf preussischen Gütern und Dörfern bei einer „geheimen“ Urwählerwahl zugehen mag! Das „geheimen“ Wahlrecht ist damit für die Landarbeiter und kleinen Leute auf dem Lande tatsächlich ausgeschaltet, nachdem es schon durch die Verbindung mit der indirekten Wahl wertlos gemacht worden ist.

So sieht das Monstrum aus, das nach den Landtagsbeschlüssen dritter Lesung und nach dem Willen der Regierung jetzt Gesetz werden soll. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Freisinnigen, Nationalliberalen und Polen sowie einiger konservativer Gegner der geheimen Wahl wurde diese Vorlage mit 236 gegen 168 Stimmen angenommen. Hinter den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses stehen nur etwa drei Viertel der preussischen Urwähler — auf Seiten der unterlegenen Minderheit steht die große Mehrheit der Wähler und die weit aus große Mehrheit des preussischen Volkes.

So liegen die Verhältnisse, unter denen die preussische Regierung dem Volke ein Wahlgesetz aufzwingen will, daß von diesem verabscheut und mit Entrüstung zurückgewiesen wird. In allen Städten und Industriebezirken Preußens sind die Volksmassen in Bewegung geraten. Öffentliche Versammlungen, Straßendemonstrationen und Massenmeetings wechseln miteinander ohne Unterlaß ab und bereits hat das Eingreifen der Polizei zu den beklagenswertesten Zusammenstößen geführt, bei denen Blut geflossen ist. In einigen Industriebezirken drohen die Arbeiter mit dem Massentritt — in Kiel ist es bereits zu einem Demonstrationstreif gekommen. In allen Ecken des preussischen Staates gärt und brodelt es wie in einem Hengstestall — eine furchtbare Menge von Erbitterung über das Vorgehen der Regierung und Landtagsmehrheit hat sich aufgehäuft. Es bedarf nur des letzten Funkens in diese Zündmasse und Preußen steht vor unabsehbaren Katastrophen. Das sollten alle die erkennen, die auf das Staatssteuer noch einigen Einfluß haben, vor allem die Krone, die das Staatsschiff einem so unfähigen Staatsmann anvertraut hat. Selbst ein Posadowsky hat in diesen Tagen warnend seine Stimme erhoben und auf die bedrohlichen Konsequenzen der preussischen Wahlrechtspolitik für die Sicherheit des Deutschen Reiches hingewiesen. Auch die ausländische Presse sieht Preußen bereits am Vorabend einer Revolution und findet das Verhalten der Regierung dem Volke gegenüber geradezu wahnwitzig. In der Tat muß man an der ruhigen Ueberlegung der Staatsmänner zweifeln, die Deutschland seit Jahrzehnten durch Heeres- und Flottenrüstungen sowie durch großmachtpolitische Ansprüche von allen guten Freunden glücklich isoliert haben und die nun auch im eigenen Lande die große Masse des Volkes für die Zukunft zu entbehren vermeinen. Glaubt denn die Regierung etwa, daß die Junker und Pfaffen ihre Schlachten schlagen, wenn das „Vaterland in Gefahr“ ist? Die preussischen Junker waren vor 104 Jahren die ersten, die ihr Vaterland an den „Erbsind“ verrieten. Ohne die „große Masse“ der Besitzlosen wäre es niemals wieder deutsch geworden. Und dieses Junkertum übt noch heute wie ehemals seine Herrschaft in Preußen aus, zum Verhängnis des deutschen Volkes.

Aber das Volk ist seitdem längst mündig geworden. Es fordert seinen gerechten Anteil an der Leitung des Staatswesens, und keine Macht der Welt ist imstande, es wieder in der Erkenntnis um Jahrzehnte zurückzuschrauben. Die Wahlrechtsbewegung ist in laminarartigem Vorwärtsschreiten begriffen. Sie erfährt bereits die Landbevölkerung, sie ist bis tief in die Kreise der christlichen Arbeiterschaft hineingedrungen und schon schließen sich ihr wachsende Reihen des Bürgertums, der Angestellten und der bürgerlichen Intelligenz an. Kein Wahlrechtsmonstrum kann diese Bewegung zum Stillstand bringen — kein Bethmann Hollweg wird dem Lande die Ruhe zurückgeben können. Nur eins ist imstande, das Volk mit Vertrauen zu erfüllen und die öffentliche Wohlfahrt vor schlimmeren Kalamitäten zu bewahren:

Die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag!

Zur Arbeitslage.

Die andauernd milde Witterung dieses Winters hat auf die Arbeitslage einen wesentlich günstigen Einfluß ausgeübt, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß ein strenger Winter für verschiedene Berufsgruppen von Vorteil ist. Besonders spürbar ist die Milde des Winters besonders im Kohlenbergbau, in der Pelzwaren- und Schuhindustrie. Die Vorteile überwiegen jedoch weit; das Baugewerbe brauchte nicht ganz brach zu liegen und damit fanden die davon abhängenden Industrien (unter andern Baufischerei, Zement-, Steingut- und Tonwarenfabriken) Beschäftigung; für die Arbeiter ist auch nicht unwesentlich, daß am Verbrauch von Heizmaterial gespart werden konnte.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hielt sich der Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie etwa auf der gleichen Höhe wie im Vormonat; in der Textilindustrie war der Geschäftsgang schwächer; die Bekleidungsindustrie war mit Frühjahrsaufträgen flott beschäftigt; die Berichte aus der chemischen Industrie lauten überwiegend günstig; in einigen kleineren Industrien (Korbwaren-, Spielwaren-, Papierausstattungs-, Zigarrenindustrie, Buchdruckgewerbe) flaute das Geschäft nach dem Weihnachtsgeschäft ab.

Die Berichte der Krankenkassen ergaben am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder um 5915, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 11 606 abgenommen, die

Zahl der weiblichen Mitglieder hat dagegen eine Zunahme von 5891 erfahren. Am 1. Februar 1909 betrug die Abnahme der männlichen Mitglieder 28 753, sie ist also heuer wesentlich geringer.

Die Berichte der Arbeitsnachweise ergeben, daß im Januar 1910 auf 100 offene Stellen 254 männliche bzw. 98 weibliche Arbeitsuchende kommen, gegen 318 bzw. 96 im Januar 1909. Soweit vergleichbare Zahlen vorliegen, zeigt sich gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 1000 bei einer Vermehrung der offenen Stellen um rund 18 000 und der besetzten Stellen um rund 15 000.

Für unsern Beruf hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr verschlechtert; auf 100 offene Stellen kamen 197 Arbeitsuchende gegen 182 im Vorjahre. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen wurden für Bäcker und Konditoren 7773 Arbeitsgesuche, 3945 offene Stellen und 3849 Vermittlungen gebucht. Die Vermittlungstätigkeit in den einzelnen Landesanteilen ergibt sich aus folgender Tabelle:

Staat oder Landesteil	Zahl der			Auf jede offene Stelle kamen	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Berichtsmonat	im Vormonat
Ostpreußen	105	41	41	2,56	9,87
Westpreußen	14	12	11	1,17	1,22
Berlin	2620	1624	1615	1,61	1,37
Provinz Brandenburg	133	88	85	1,51	2,65
Pommern	155	57	57	2,72	3,61
Polen	61	30	30	2,03	1,34
Schlesien	299	212	212	1,43	1,59
Sachsen	166	59	59	2,81	1,94
Schleswig-Holstein	96	19	19	5,05	5,38
Sachsen	93	47	47	1,98	2,26
Westfalen	364	60	52	6,06	6,14
Sachsen-Maschau	48	2	1	24,00	3,40
Rheinland	212	66	59	3,21	2,87
Königreich Bayern	824	341	327	2,41	2,12
Sachsen	733	440	432	1,66	1,61
Württemberg	216	56	49	3,86	4,40
Großherzogtum Baden	650	138	124	4,71	5,55
Sachsen	24	2	1	12,00	—
Anderer kleine Bundesstaaten	30	8	7	3,75	2,50
Hamburg	570	515	513	1,10	0,83
Schleswig-Löhringen	360	128	108	2,81	3,24

Gegenüber dem Vormonat ist ein größerer Andrang von Stellungsuchenden zu beobachten in Berlin und Hamburg, in Bayern und Sachsen sowie im Rheinland. Namentlich in den Großstädten ist ein starker Andrang von Stellungsuchenden eingetreten, der in erster Linie auf die vollständige Beendigung des Weihnachtsgeschäftes zurückzuführen ist. Wir haben im letzten Bericht über die Arbeitslage schon hervorgehoben, daß zahlreiche Stellen nur zur Aushilfe besetzt waren, daß die Zahl der Arbeitsuchenden von 180 pro 100 Stellen auf 197 pro 100 emporsteigen würde, hätten wir aber nicht gedacht. Das bedeutet eine ganz bemerkenswerte Verschlechterung, um so mehr, weil Öftern sehr zeitig fällt und deshalb in den Zudruckerfabriken bereits im Januar die Vorarbeiten für das Ostergeschäft begonnen haben.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tariffkampf in Frankfurt a. M. Die Kollegen in den Bäckereien in Frankfurt a. M. stehen in einem harten Tariffkampf. Der alte Tarif wurde gekündigt. Er läuft am 31. März ab. Von einer Lohnforderung ist Abstand genommen, dafür aber die Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages und die Gründung eines paritätischen Arbeitsnachweises verlangt. Ferner soll an Stelle der zwölfstündigen Arbeitszeit eingeführt werden. Die Innung lehnte sämtliche Forderungen der Arbeiter ab. Am 20. März fanden unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Hiller Einigungsverhandlungen statt. Auch diese verliefen ergebnislos. Die Meister erklärten, die Forderung des sechsunddreißigstündigen Ruhetages müsse fallen gelassen werden, sonst seien alle Verhandlungen zwecklos. Auch verlangten sie, daß Vertreter der Gelben an den Verhandlungen teilnehmen. Dagegen wandten sich energisch die Vertreter des Verbandes. Auch der Gewerbegerichts-vorsitzende Dr. Hiller erklärte, daß die Gelben nicht berechtigt wären, an den Verhandlungen teilzunehmen, da diese das Gewerbegericht ja nicht anrufen hätten. Um zu zeigen, daß sie eine friedliche Verständigung wünschen, zogen die Gehilfen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zurück und ließen die Forderung des sechsunddreißigstündigen Ruhetages für die Hilfsarbeiter fallen; dafür wurde als Ersatz für die Sonntagsarbeit, die bei den Hilfsarbeitern eine dreißigstündige sein soll, aber für letztere eine Woche Ferien erlangt. Die Forderung des Ruhetages für die Gehilfen wurde hochgehalten.

Am 21. März ist dann vor dem vollbesetzten Einigungsamt verhandelt worden und betreffs des Ruhetages ein Schiedspruch dahingehend gefällt: Sämtliche Bäckereien, die einen bis drei Gehilfen beschäftigen, gewähren alle 14 Tage, und solche, die vier und mehr Gehilfen beschäftigen, gewähren alle 10 Tage einen Ruhetag von 26 Stunden.

Meister und Gehilfen hatten nun über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu befinden.

Die Meister lehnten ihn aber ab und die Kollegen, die ihn anerkannten, beschloßen nunmehr am 22. März, ihre Forderungen auf der Grundlage des Schiedspruches durch Streik und Boykott durchzuführen. Der Ausstand der in Betracht kommenden Arbeiter erfolgte sofort. Bisher haben 700 Bäcker und Bäckereihilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Forderungen werden jedem Bäckermeister einzeln zugestellt und werden wir den Wortlaut derselben in nächster Nummer bringen.

Kollegen! Haltet den Zuzug nach Frankfurt a. M. und Umgebung fern! Wird der Kampf in Frankfurt auch schwer, so mußte er durchgeföhrt werden, denn es wird höchste Zeit, daß unsere berechnete Forderung nach einem freien Tage auch in einer süddeutschen Stadt zur Durchführung gelangt. Wenn die Streikenden einmütig und geschlossen zusammenstehen und auch unsere Mitglieder in den

andern Städten peinlich darauf achten, daß der Zuzug von Arbeitswilligen ferngehalten wird, dann müssen wir zu einem durchschlagenden Erfolg kommen!

Die Karlsruher Lohnbewegung. Trotzdem unsere Kollegen in Karlsruhe, wie bekannt, alles mögliche versucht hat, um mit den Arbeitgebern in friedliche Verhandlungen zu kommen, sind solche bisher noch nicht möglich geworden. Die Innung scheint den Kampf unbedingt haben zu wollen, und in der Stuttgarter „Allgemeinen“ forderte man schon am 9. März die Obermeister von ganz Süd- und Mitteldeutschland auf, Bäckereimeisterjöhne und tutti quanti bereit zu halten, um der Kollegen in den Rücken fallen zu können. Das Blatt schreibt nun in seiner neuesten Nummer:

„Die Lohnbewegung in Karlsruhe ist noch nicht beendet. Die Meisterschaft hat erklärt, mit dem Gesellen-ausschuß, als der gesetzlich richtigen Institution, über neue Lohn- und Arbeitsbedingungen jederzeit gern zu unterhandeln. Dagegen wurden Unterhandlungen mit den Leitern des roten Verbandes strikte abgelehnt mit dem Bemerkten, die Karlsruher Meisterschaft werde keinen Tarifvertrag unterzeichnen. Das gleiche wurde dem Gewerbe-gericht und der Fabrikinspektion, deren Vermittlung von seiten des roten Verbandes angerufen wurde, zu verstehen gegeben. Was die nächsten Tage noch bringen werden, ist ungewiß. Die Hauptfrage ist, daß sich kein Karlsruher Bäckereimeister vergibt und zur Einzelbewilligung verleiten läßt. Ein der Karlsruher Meisterschaft etwa zugeachter Kampf muß in wenigen Tagen siegreich abgeschlossen werden. Aus ganz Süddeutschland hat sich auf den in letzter Nummer erfolgten Aufruf der Vorstandschaft hin eine namhafte Anzahl Meistersöhne und andere Arbeitskräfte gemeldet, die bereit sind, gegebenen Falles auf Wunsch sofort sich zur Aushilfe einzustellen.“

Mit der gesetzlichen Vertretung der Gehilfenschaft, dem Gesellenauschuß, sei man jederzeit bereit, in Verhandlung

Der Quartalschluß steht vor der Tür — jeder Beitragsrestant ordne sofort sein Mitgliedsbuch!

über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, sagt die Notiz. Seitens der Gehilfen-Lohnkommission erklärte man sich auch bereit, diesem Verlangen zu entsprechen; aber auch hier lehnten dann die Arbeitgeber die Verhandlungen ab. Dieses Benehmen ist eine Verächtlichmachung und Herausforderung der Gehilfenschaft. Mit Streikbrechern beabsichtigt man die Arbeiten im Ernstfalle auszuführen, ob aber hiermit das konsumierende Publikum einverstanden ist, ist eine Frage. Durch Festsetzung einer Konventionalstrafe von M 300 für denjenigen Meister, welcher die Forderungen bewilligt, glaubt man zu erreichen, daß keine Bewilligungen erfolgen. Also ungesetzliche Mittel wendet man seitens der Innungsleitung an. Recht faul muß eine Sache sein, die mit solchen Mitteln erkämpft werden soll. Einzelne Arbeitgeber glauben sich zu sichern, wenn sie jetzt fremde Arbeitskräfte heranziehen und ihre seither beschäftigten entlassen, was bereits die Bäckereimeister Jakob Demig, Leopoldstraße 8, Adam Maß, Schwanenstraße 27, Fr. Köhler, Margrafenstraße 36, Joh. Beder, Kronenstraße 12, Jakob Köhler, Hirschstraße 96, E. Wiesel, Rudolfstraße 11, ausführten. Nur Meister können solche Handlungen vollführen, deren Betriebsverhältnisse das Licht der Öffentlichkeit nicht betragen können.

Aus der gegebenen Situation wird die Gehilfenschaft die Konsequenzen zu ziehen wissen, sollte man es nicht noch vorziehen, Verzicht in den Meisterschaften anzunehmen.

Die Forderungen der Gehilfen haben bereits die Bäckereimeister L. Braun, Durlacherstraße 89, J. Rabold, Marienstraße 31, und Maier, Rintheim, bewilligt. Seit Jahresfrist gewährt die Witwe Schmitt an Zirkel ihren Gehilfen das, was gefordert wird, und gilt auch dieser Betrieb als geregelt. Der Beweis ist erbracht, daß die Forderungen bewilligt werden können, nur der gute Wille fehlt bei der Mehrzahl der Arbeitgeber. Das konsumierende Publikum dürfte dieser Bewegung das größte Interesse entgegenbringen. Gilt es doch für die Produzenten des wichtigsten Nahrungsmittels, vernünftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Der moralischen Unterstützung des Kampfes der Bäckereihilfen sollte sich daher niemand entziehen.

Wie jetzt gemeldet wird, sind die Kollegen in Karlsruhe in den Streik getreten, nachdem jeder Versuch, vernünftige Verhandlungen zu pflegen, fruchtlos war. Es haben sich 157 Gehilfen dem Streik angeschlossen; 6 Betriebe mit 12 Gehilfen haben die Forderungen sofort bewilligt. Die Innung ist natürlich krampfhaft bemüht, Ausreißer zu werben, und deshalb heißt es: **Achtung allerorten auf unsichere Elemente! Haltet jeden Zuzug nach dem Bezirk Karlsruhe fern!**

Tariffbewegung in Offenbach a. M. In Offenbach stehen die Kollegen in den Bäckereibetrieben auch bereits seit längerer Zeit in Verhandlungen wegen Tariffabschlusses. Die Innung hatte nunmehr am 21. März eine Versammlung einberufen, in welcher beschlossen wurde, nicht mehr mit dem Verband in Unterhandlungen einzutreten. Sie hat mit den Gelben einen Tarif abgeschlossen und meint nun, daß sie es nicht mehr notwendig hat, mit der Organisation etwas zu vereinbaren. Die Arbeiterschaft in Offenbach denkt jedoch anders. Eine öffentliche Versammlung am gleichen Tage nahm den Verzicht des Kartellvorsitzenden Köppler entgegen und beschloß

einmütig, den Verband in der weitgehendsten Weise zu unterstützen, und nur dort ihr Brot und ihre Backwaren zu beziehen, wo die Forderungen des Verbandes, die nunmehr an die Meister einzeln abgehandelt wurden, bewilligt sind.

Zur Lohnbewegung in Hannover-Linden. Um einen Keil in die Gesellenchaft hineinzutreiben, wurde der Bäcker Henning, Konradstraße, vom Obermeister auf die Weine gebracht. Trotzdem der Gesellenauschuß in seiner Mehrheit beschloßen, daß die kürzlich stattgefundenen Lindener Gesellenversammlung um 5 Uhr beginnen sollte, hat Herr Henning dieselbe auf 3 Uhr einberufen, nur damit der Obermeister Herbst um 5 Uhr Bericht bekam von der in Szene gesetzten Ueberrumpelung. Herr Henning hatte nämlich seine Getreuen alle auf die Weine gebracht, während die Verbandsgesellen zum großen Teil die Einladungen zu spät bekamen. Jetzt erklärt sich auch, weshalb Herr Henning die Einladungen gern selber herumbringen wollte und nicht, wie es der Gesellenauschuß wünschte, durch den Innungsboten, welcher diese Art Sachen sonst immer macht. Trotzdem der Gesellenauschuß den Verbandsvertreter Weber geladen hatte, forderte Herr Henning seine Getreuen auf, zu beschließen, daß Genosse Weber das Lokal zu verlassen habe. Der Gesellenauschuß protestierte gegen das hinterlistige Benehmen des Herrn Henning, der selber mit beschloßen habe, Weber einzuladen und sich nunmehr vom Innungsvorstand zu dieser Gesellenberührung habe verleiten lassen. Der Gesellenauschuß weigerte sich, an dieser von der Innung gemachten Versammlung sich zu beteiligen. Unter großem Tumult gingen die Versammelten dann auseinander. Der im Lokale der Dinge harrende Innungsvorstand wurde von den wutentbrannten meisterten Gesellen von dem neuen Piazso in Kenntnis gesetzt. Der Innungsvorstand scheint alle Gesellenkenntnis verlegt zu haben. Um 5 Uhr fand eine außerordentliche Generalversammlung der Innung statt mit folgender Tagesordnung: Berichterstattung über die Lohnbewegung unserer Gesellen. Trotzdem also in dieser Versammlung Gesellenangelegenheiten verhandelt werden sollten und auch sind, verweigerte der Obermeister Herbst dem Gesellenauschuß die Teilnahme an dieser Versammlung. Letzterer wird dafür sorgen, daß Herrn Herbst eine Rechtsbelehrung zuteil wird und er sich solche Uebergriffe nicht mehr erlauben kann. Wenn die Lindener Bäckereimeister sich solchen gesetzeskundigen Obermeister gefallen lassen, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie mit ihren Gesellen nie Frieden bekommen können. Zu dieser Generalversammlung waren nur die Sünder geladen, welche letztesmal den Nölke-Vertrag nicht unterschrieben wollten. Ein großer Teil der Geladenen zog es vor, gar nicht zu kommen. Zunächst kündigte Obermeister Herbst demjenigen, welcher Herrn Weber alles so brüchig überbracht habe, was in der letzten Versammlung verhandelt worden sei, seine Ungnade an. Er jagte, wir bekommen es schon heraus, wer es war, 1907 haben wir es auch herausbekommen. Herr Weber muß vor Gericht schon eingestehen. Zur schnelleren Ermittlung des Uebeltäters machen wir Herrn Herbst darauf aufmerksam, daß dieser Uebeltäter unter denen zu suchen ist, die den Nölke-Vertrag unterschrieben haben. Dann fragte Herr Herbst die Sünder: „Wollt Ihr nun unterschreiben oder nicht?“ Bäckereimeister Tau und Holze wandten sich wiederholt dagegen und versuchten dem Obermeister klarzumachen, daß sie auf ihre Rundschaft Rücksicht zu nehmen hätten. Man sollte doch, um auf friedliche Weise zum Ziele zu kommen, mit dem Verbandsvertreter verhandeln. Der Nölke-Vertrag sei doch nur eine Farce, den hätten meist die unterschrieben, die froh wären, wenn sie M 1000 ihr eigen nennen könnten. Herr Herbst erklärte: Verhandeln, das gibt es nicht; lieber legen wir unsere Kemter nieder. (1907 beim Tariffabschluß, als Herr Rechtsanwält Nölke noch nicht dazwischen war, hat Herr Herbst erklärt, das nächste Mal sei er der erste, der bewillige.) Alle Liebesmühe erwies sich als vergeblich. Der Reichsverbandsanwalt wurde telephonisch benachrichtigt, daß er nicht zu kommen brauche. Folgendes Schreiben ist dann dem Lindener Vorstand übermittelt worden:

Da wir bis heute von Ihnen keine Mitteilung darüber erhalten haben, welche Entschlüsse Ihre Generalversammlung in bezug auf unsere Forderungen getroffen hat, so ersuchen wir Sie gütigst, uns bis zum 21. d. M., mittags 12 Uhr, Nachricht geben zu wollen, ob Sie bereit sind, mit unserm Vertreter über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie die Ihnen nochmals gebotene Hand zum Frieden nicht ausschlagen werden, und zeichnen, Ihrer werten Antwort entgegengehend, hochachtungsvoll

Verband der Bäcker und Konditoren.
W. Weber.

Aus Harburg. Am Mittwoch, 16. März, fand im Restaurant von Lützenhop eine von 75 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Bäcker statt. In derselben referierte in eingehender Weise über die diesjährigen Lohnbewegungen der Kollege Kahl-Hamburg. In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit sei, auch hier in Harburg endlich einmal dazu zu kommen, mit den traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen aufzuräumen. Es wurde sich deshalb empfohlen, die im Vorjahre betragte Bewegung wieder ernsthaft aufzunehmen, um jetzt das zu erreichen, was damals nach Lage der ungünstigen Zeitverhältnisse nicht möglich war. Besonders wurde konstatiert, daß das damals von der Innung Versprochene nur in ganz vereinzelten Fällen eingehalten worden sei; obwohl es ohnehin schon herzlich wenig gewesen war, was man damals den Gehilfen geboten hatte, denke man noch nicht einmal daran, dieses Witzige einzuhalten.

Nachdem nunmehr auch die Genehmigung des Vorstandes vorliegt, wird sich eine weitere Versammlung mit den aufzustellenden Forderungen beschäftigen. Der Kollege Kahl wies nach besonders darauf hin, daß es nunmehr aber gelte, einig und geschlossen zusammenzutreten; um der Innung ein annehmbares Angebot abzurufen, bedürfte es in erster Linie einer starken geschlossenen Organisation, welche bei einer solchen Bewegung dann auch in der Lage sei, ein Rückgrat für die im Kampfe Stehenden zu bilden. Die anwesenden Nichtmitglieder traten der Organisation noch bei.

Tarifabschluss mit der Brotfabrik in Uetersen. Im vorigen Jahr wurde im Auftrage der in diesem Betrieb beschäftigten Kollegen von der Organisationsleitung an Herrn Groll ein Tarifentwurf gesandt, um durch ein Vertragsverhältnis die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Damals kam ein Tarif nicht zustande, sondern es wurde den Kollegen eine allgemeine Lohnerhöhung gewährt. Im März wurde aber der Tarif eingereicht und nach stattgefundenen Verhandlungen wurde folgender Vertrag vereinbart:

Tarifvertrag.

Zwischen Herrn Groll, Brotfabrikant in Uetersen, und dem Verbands der Bäcker und Konditoren Deutschlands wurde unter heutigem folgendes vereinbart:

A. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist täglich eine zwölfstündige inklusive zwei Stunden Pausen. In der Woche sind sechs Arbeitsschichten zu leisten.

B. Löhne. Der Mindestlohn für die Bäcker beträgt wöchentlich M 25, für die Schichtführer M 27,50, für den Backmeister M 29. Der Lohn wird in Bargeld ausbezahlt und dürfen davon keinerlei Abzüge gemacht werden. Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends nach Beendigung der Arbeit; fällt auf diesen Tag ein Feiertag, so wird der Lohn am Tage vorher ausbezahlt. Die Ueberstunden werden mit 50 % pro Mann und Stunde vergütet. Das Vortage-machen wird von den Beschäftigten an den Sonntagen abwechselungsweise verrichtet und wird dafür eine Entschädigung von 50 % vergütet.

C. Arbeitsvermittlung. Bei Bedarf von Arbeits- und Ausfühlfkräften werden dieselben vom Arbeitsnachweis des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Bezirk Hamburg, Wesenbinderhof 57, bezogen. Ausnahmen sind im Einverständnis des Verbandes zulässig.

D. Tarifdauer. Der Vertrag tritt mit dem Tag der Unterzeichnung in Kraft und gilt auf die Dauer von einem Jahre. Erfolgt einen Monat vor Ablauf dieser Zeit von einer der vertragschließenden Parteien keine Kündigung, so läuft der Vertrag ein Jahr weiter und so lange, bis diese Kündigung erfolgt. Differenzen, welche aus dem Tarif entstehen, werden unter Hinzuziehung eines Vertreters des Bäcker- und Konditorenverbandes geschlichtet.

Uetersen, den 16. März 1910.

J. F. Groll.

Für den Bäcker- und Konditorenverband: A. Lankeß.

Unsere Kollegen in der Provinz Schleswig-Holstein können daraus erneut sehen, wo ihre Interessen vertreten werden. Wenn die Beschäftigten in den übrigen Großbetrieben sich der Organisation anschließen, dann wird es auch dort möglich sein, eine Verbesserung durchsetzen zu können.

Allgemeine Rundschau.

Wegen Mißhandlung in den Tod. Aus Crailsheim, einem württembergischen Oberamtsstädtchen, berichtet die Zentrumspresse: „Ein Bäckerlehrling hat sich im Hause seines Meisters erhängt. Wenn wir bisher von einer Veröffentlichung dieser tieftraurigen Vorkommnisse Abstand genommen haben, so geschah es aus Mitleid und auf Witten der Angehörigen. Nachdem aber in so kurzer Zeit drei derartige Fälle vorgekommen sind, können wir denn doch nicht gut ohne irgendeine Notiz darüber hinweggehen. Zu wünschen wäre nur, daß sich uns längere Zeit kein solcher Anlaß mehr bietet.“

Wir wollen jedoch nicht darüber hinweggehen, sondern halten es für unsere Pflicht, den Schleier zu lüften. Der nordbayerischen Parteipresse entnehmen wir: „Heuchlerisch bemerkt das Blättchen, daß es nur aus Mitleid von einer Veröffentlichung Abstand genommen hat. Uns scheint ein anderer Grund vorherrschend gewesen zu sein, nämlich, daß das öffentliche Interesse nicht auf diese Fälle gelenkt werde. Ja, die Unterlassung einer Todesanzeige bei dem Bäckerlehrling Groß soll direkt auf Beeinflussung von anderer Seite zurückzuführen sein. Die Einwohnerschaft Crailsheims zerbricht sich die Köpfe, was wohl diesen weidherzigen und sonst braven sechzehnjährigen Bäckerlehrling Groß in den Tod getrieben hat. Wir wollen versuchen, den Schleier etwas zu lüften. Wie bekannt, haben die Lehrlinge Montag abends Religionsunterricht. Um 5½ Uhr soll dieser Unterricht beginnen, welchen Stadtvicar Guhl zu versehen hat. Dieser kam etwas früher und gewährte, wie sich der Lehrling Groß mit einem Kameraden unterhielt. Darüber geriet der Geistliche derart in Harnisch, daß er den Lehrling rechts und links ins Gesicht schlug. Ferner soll der Junge während des ganzen Unterrichts haben stehen müssen. Auch der Lehrherr, Bäckermeister Busch, soll den Lehrling ebenfalls durchgeprügelt haben. Diese Mißhandlungen nahm sich der Junge so zu Herzen, daß er beschloß, noch am selben Abend aus der Welt zu scheiden. Wenn diese ganze Angelegenheit noch nicht recht aufgeklärt ist, so hat wohl dazu beigetragen, daß der Lehrer (!) verboten hat, über die Geschichte etwas zu sagen. Wir aber halten uns verpflichtet, diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen, damit Aufklärung geschaffen wird. — Doch noch eine Frage: Warum findet der Unterricht abends statt? Wohl deswegen, daß ja keine Minute versäumt wird, die Lehrlinge voll auszunutzen! Und die Lehrlingsausbeutung ist hier groß! Aber auch die der Arbeiterschaft im allgemeinen!“

Leider sind auch unsere Kollegen nicht organisiert, und so sind die Unternehmer der unumschränkten Ausbeutung bei Lehrlingen und Gesellen sicher. Wir fragen jedoch: Sieht die Aufsichtsbehörde nicht, wie die Arbeiter-Schutzbestimmungen mit Füßen getreten werden?

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Schadenfreude der Christlichen. In dem Zentrums-gewerkschaftsblättchen „Solidarität“ offenbart ein echter Christ... seine höllische Freude über den Ausgang des Streits bei Bahlßen, Hannover. Wie ein Schulbube freut sich der Christenbruder, daß der Streik erfolglos abgebrochen werden mußte, und meint in seiner jesuitischen Manier: „Die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“,

welche bei einer von christlicher Seite geführten erfolglosen Bewegung den Mund recht voll nimmt und sich dann gewöhnlich in tiefinnigen Betrachtungen über die „Tat“ der christlichen Führer ergeht, dürfte jetzt auch wohl einsehen, daß auf ihrer Seite auch Böde genug gemacht werden.“ Ausgerechnet von dieser Seite, die durch ihr schäbiges Verhalten in Mannheim und München bei allen ehrlichen Kollegen in den Geruch von Unternehmerrfödnischen geraten sind, mokiert sich ein Schreiberlein darüber, weil wir uns erlaubten, christliche Schwindelsiege beim richtigen Namen zu nennen. Da haben die Sozialdemokraten vor den Brüdern in Christo viel voraus, sie schämen sich, zu schwindeln und zu lügen, und sagen die Wahrheit, selbst wenn sich die Zentrumschriften wie Schulungen freuen.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 13. März verstarb das Mitglied

Joseph Beer

im 22. Lebensjahre. [M. 3,30]

Ehre seinem Andenken!
Der Vertrauensmann für Berlin.

Nachruf.

Am 20. März verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied

Walter Oschatz

im Alter von 19 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60] Zahlstelle Bremerhaven.

Zahlstelle Hamburg-Altona.

Bezirk Altona-Ottensen (Bäcker).

Dienstag, den 29. März 1910, vormittags 9½ Uhr:

Versammlung

bei L. Heller, Gr. Mühlenstraße

Referent: A. Pfohl.

Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

[M. 3,30] Die Bezirksleitung.

Der Unterzeichnete nimmt die gegen Gaffner und Gerl gemachten Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da die gemachten Äußerungen jeder Grundlage entbehren.

[M. 3]

Max Mösl, Bäcker, München.

Unserm lieben Kollegen, dem Kassierer Wilhelm Nockermann nebst seiner werten Braut Lina Wiedenbruch

die herzlichsten Glück- und
::: Segenswünsche :::

zu ihrer Verlobung!

[M. 3,60]

Zahlstelle Hagen-Schwerle.

Unserm Kollegen August Behnke und seiner lieben Braut Emilie Loitz

die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!

[M. 1,50]

Zahlstelle Wilhelmsburg.

Unserm Kollegen Richard Gödicke und seiner lieben Braut

die besten Glückwünsche
zur Vermählung!

[M. 2,70]

Zahlstelle Dessau.

Bei Bäckern und Konditoren

gut eingeführte Vertreter an allen Plätzen zum Vertrieb von lukrativen Bedarfsartikeln bei hoher Provision **sofort gesucht.**

Offerten sub. **L. D. 6597** an **Haasenstein & Vogler, Berlin W 8.** [M. 4,50]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

beden ihren Bedarf am besten bei

Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Der praktische Konditor

von Konditor Karl Ritterhaus.

Preis geb. 15 Mark

Das Werk enthält: 1138 Rezepte, 375 Seiten Text, 80 meist fünf- bis zwölffache Farbentafeln.

Für nur 3 Mark

monatliche Teilzahlung liefert die Buchhandlung **E. H. Friedrich Reilsner, Leipzig,** Salomonstr. 10, sofort das vollständige Werk zu 16 Mark.

Dieses Buch ist das beste und praktischste und vor allem auch anwendbarste Werk, welches bisher auf dem Büchermarkt für die Konditoren erschien.

Das anerkannt beste Feinbäcker- und Konditorbuch.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 27. März:

Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Daut-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Helb, Grenzstr. 34. — **Wahrenth:** Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacherstraße. — **Sennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann.

Dienstag, 29. März:

Hamburg-Altona (Bezirk Altona-Ottensen, Bäcker): Vorm. 9½ Uhr bei L. Heller, Große Mühlenstraße.

Mittwoch, 30. März:

Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silbersackstr. 15. — **Kiel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße.

Donnerstag, 31. März:

Stuttgart (Bäcker): 3 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstr. 24.

Freitag, 2. April:

Frankfurt a. M. (Tagarbeiter): 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.** (Konditoren, Sektion II): 8 Uhr „Zur Leisinghube“, Hummelstraße. — **Lüdenscheid:** 8½ Uhr im Ratskeller, Herzogstr. 3. — **Stettin** (Konditoren und Tagesbäcker): Bei Albert Liptow, König-Albertstr. 43.

Sonntag, 3. April:

Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr im „Deutschen

Haus“, Steinstr. 32. — **Bremerhaven:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Chemnitz:** Im Volkshaus „Colosseum“. — **Dessau:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wallenstädterstr. 1. — **Dortmund:** 3 Uhr „Zur Reichskrone“, Mühlenstr. 6. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Eisenach:** 3 Uhr „Zum goldenen Engel“, Katharinenstraße. — **Flensburg:** 2 Uhr bei Sinn, Nordtor-Vierhalle. — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — **Geesthacht:** 3½ Uhr bei G. Otto, Herberge, Bergedorferstraße. — **Gera:** 3½ Uhr im „Hainberg“. — **Hannover** (Kombinierte Versammlung): 4 Uhr Schillerstr. 4. — **Herford:** Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Brüderstr. 10. — **Hof:** Im Gasthof Glaser, Sophienburg. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gojenstraße 23. — **Landsberg a. d. W.:** 2 Uhr bei R. Daber, Moltkeplatz. — **Leipzig** (Weibe Sektionen): 2½ Uhr im Volkshaus. — **Lübeck:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50. — **Meuselwitz:** 3 Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. — **Neubrandenburg:** 2 Uhr bei Bruschinski. — **Rostock:** 2½ Uhr Reguinenberg 10. — **Schmölln:** 2 Uhr „Zur Germania“, Grimmitzhauerstraße. — **Schwerin:** 4 Uhr bei W. Dedden, Großes Moor 51. — **Sonneberg i. Th.:** 3½ Uhr in Lauscha i. Th. im „Bergheimnisch“. — **St. Johann a. d. S.:** 3 Uhr im „Lübke“, Gerberstr. 26. — **Strasburg i. E.:** 2½ Uhr im „Vogelgefang“, Schiffleutstaden 7. — **Suhl:** 3 Uhr in Domberg 51. — **Tangermünde:** 3 Uhr im „Kaiserhof“, Langestr. 47. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Sohentwiel“. — **Vegeta:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55. — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Wesenbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Grund des § 8 des Statuts wurde Hermann Pape, Buch-Nr. 40 323, gemäß eines Antrages der Zahlstelle Weiskens a. d. S. aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Vorstand:
F. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Heute ist der 13. Wochenbeitrag (27. März bis 2. April) fällig.

Quittung.

Vom 14. bis 20. März gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

- Für Februar: Zahlstelle Forst M. 15,60, Danzig 214,75, Chemnitz 190,50, Lüneburg 40, Stettin 168,90, Bant 78,60, Cottbus 62,10, Oldenburg 48,10, Tangermünde 34,30, Striegau 25,20, Bremerhaven 66, Erfurt 41,10, Saarbrücken 87,40, Schwerin 15,20, Weiskens 34, Görlitz 37,60, Königsberg 49, Kaiserslautern 41, Blauen 62,10, Bernburg 27, Passau 38,20, Straßburg 78,50, Ilmenau 46, Rudolstadt 23,30, Freiburg i. B. 139,30, Flensburg 71,90, Leisnig 14,40, Schmöln 24, Neumünster 11,60, Hof 27,40, Begejad 20,90, Bieren 53.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: R. S. = Zwönitz M. 16, W. S. = Wittenberge 3, S. S. = Uslar 15, S. S. = Herschberg 7,50, D. S. = Weimar 27, E. S. = Grabow 25,50, B. R. = Mebnitz 2, R. L. = Münster 5, S. L. = Himmelforten 3.

Für „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung“: Zahlstelle Forst M. 6, Chemnitz 8, Erfurt 14, Saarbrücken 12, Kaiserslautern 12, Bernburg 4, Straßburg 2, Ilmenau 34, Ludenwalde 22, S. L. = Himmelforten 2.

Mit der Abrechnung für Monat Februar an die Hauptkasse restituieren die Zahlstellen Marburg, Metz und Segeberg; für Januar und Februar Birmaens.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

Aus den Bezirken.

Adressenänderungen.

Stenach. Vorstand: Gustav Dorschel, Feldstr. 2; Kassierer: Hermann Heider, Amorstr. 66. Verkehrslokal: Restaurant „Zur Loreley“, Ecke Querstraße und Alexanderstraße.
Sameln. Vertrauensmann: Walter Dittmar, Bapenstr. 2.

Sterbetafel.

Berlin. Joseph Beer, gestorben am 13. März im Alter von 22 Jahren.
Bremerhaven. Walter Oschatz, gestorben am 20. März im Alter von 19 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Aus der Konditorei-

Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Zu den Maßregelungen bei der Firma Kaisers Kaffeegeschäft. Einen besonderen Wert legt die Firma Kaiser auf die Zusammenfassung „ihres“ Arbeiterausschusses. Nicht allein, daß sie sich durch die Zusammenfassung des Ausschusses von vornherein ihren Einfluß sichert, wird auch die Wahl der übrigen Ausschußmitglieder derartig von den Angestellten der Firma beeinflusst und zurecht gemacht, um ja lauter Kopfnicker in den Ausschuß zu bekommen. Besonders bei der letzten Wahl wurde mit allen nur erdenklichen Mitteln gearbeitet, um die Wiederwahl des bisherigen Ausschusses, der sich für die Firma sehr gut bewährt hat, zu sichern. Vor der Neuwahl in einer Betriebsversammlung, einen Tätigkeitsbericht zu geben, hielt der Ausschuß nicht für notwendig oder sollte seine Tätigkeit der Kritik einer Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Interessen er doch vertreten soll, nicht standhalten können? In einer Betriebsversammlung wurde der Beschluß gefaßt, alle zwei Monate eine Versammlung einzuberufen. Der Betriebsleitung scheint das aber nicht behagt zu haben, was für den Ausschuß genügt, den Beschluß der Arbeiter nicht zu akzeptieren und mit den Betriebsversammlungen Schluß zu machen. Die Vorkommnisse im Betriebe, welche in der letzten Zeit unter der Leitung des jugendlichen Herrn Kesselburg — der Herr, der über das Wohl und Wehe von über 600 Arbeitern und Arbeiterinnen zu bestimmen hat, ist 23 Jahre alt — hätten ohne weiteres Veranlassung gegeben, eine Betriebsbesprechung anzuberaumen, um Stellung zu nehmen gegen die brutalen Entlassungen von langjährig im Betriebe tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen. Auch die skandalöse Behandlung, die sich Arbeiterinnen von einer besonders eifrigen Aufseherin gefallen lassen müssen, veranlaßt sie zum Teil der Untätigkeit dieses Unternehmensausschusses. Der Arbeiterausschuß in der Schokoladenabteilung hat es sich anscheinend zur Pflicht gemacht, alles, was der Firma unangenehm sein könnte, mit dem Mantel der Liebe zuzudecken, sonst ist es nicht zu verstehen, daß man Arbeitern auf Beschwerden zur Antwort gibt, sie sollen ihre Beschwerden selbst vorbringen. In Betriebsbesprechungen, die von den Organisationen einberufen werden, trauen sich die Arbeiter nicht hinzugehen, weil sie befürchten müssen, von Aufpassern denunziert zu werden und von den foulanten, von Humanität tiefenden Firma gemäßigelt zu werden. Die Stimmengahl, die unsere Kandidaten bei der letzten Ausschußwahl trotz der Machinationen einiger

Liebediener auf sich vereinigen, scheint der Firma in die Glieder gefahren zu sein. Die Firma scheint zu befürchten, daß über kurz oder lang doch ein Arbeiterausschuß zusammenkommen könnte, der nicht zu allen Maßnahmen der Firma Ja und Amen sagt, sondern soviel Rückgrat besitzt, seine Aufgabe richtig zu erfassen und die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten. Die Firma glaubt nun, am besten dem dadurch entgegenzuwirken zu können, daß sie zu dem brutalen Mittel der Maßregelungen greift. Sie will damit den Zweck erreichen, die ihr unliebsame Organisation aus dem Betrieb hinauszubekommen, um ungehindert weiter Millionengewinne aus den Knochen der mit unauskömmlichen Löhnen entlohten Arbeiter und Arbeiterinnen herauszuschinden zu können.

*

Der Boykott über die Waren der Firma, der seitens des Kartells verhängt wurde, wird der Betriebsleitung anscheinend schon recht unangenehm. Sie fängt an — wie uns in letzter Stunde berichtet wird — den Tagesblättern, die sich bisher mit der Angelegenheit beschäftigten, eine Berichtigung zugehen zu lassen, in der sie schlankeweg behauptet, es handle sich bei dem Hinauswurf unserer Verbandsmitglieder nicht um Maßregelung, sondern die betreffenden seien wegen Unsauberkeit und dergleichen entlassen worden. Wir können demgegenüber nur nochmals hervorheben, daß der entlassene Vertrauensmann lange Jahre im Betriebe tätig war und somit nichts weiter als eine ganz rigorose Maßregelung in Frage stehen kann.

Die Firma Varmeyer & Flachmann in Herford und ihre Arbeiterschaft. Während bei obiger Firma im allgemeinen nur in Lohn gearbeitet wird, wobei der höchste Lohn etwa M 20, für Mädchen M 9—11 beträgt, verlangte der Chef vor mehreren Wochen von den Kollegen im „Züllraum“, daß diese in Afford weiterarbeiten sollten; die Affordsätze wurden nur flüchtig mündlich mitgeteilt, und wenn es nicht passe, der könne ja gehen. Der frühere Lohn der in Betracht kommenden Kollegen betrug zirka M 17—18. Ein Aufschlag für Ueberstunden wurde früher einmal gezahlt, jetzt — nicht mehr. Das schönste ist nun dabei, daß in diesem Affordverhältnis die Arbeiter noch allein ihr Material ausspudern müssen und nicht einmal ein Eis-schrank zum Kühlvorhanden ist, sondern die Formen auf den Fußboden des Kellers hingestellt werden müssen. — Im Winter ging das ja natürlich ganz gut — bei der Lohnarbeit — für den Sommer aber mutet der „kluge und weitauschauende“ Herr Chef seinen Leuten die Affordarbeit unter denselben Verhältnissen zu. Nun, der Naivte steht hier wohl die Absicht klar ein — nicht der Herr, sondern der Arbeiter soll für die mangelhafte Einrichtung an seinem schon so mageren Geldbeutel büßen. So ist es vorteilhafter für den Fabrikanten! Hoffen wir aber das Beste — vielleicht findet sich in der Villa noch so ein altes Eisspind, das man den Arbeitern ablassen könnte!

Jetzt zu den Affordpreisen, welche die Kollegen sich ungefähr ausrechnen können, wenn sie ihren Lohn ohne Lohnhilfe, ohne Zusammenrechnung, einfach glatt auf den Tisch gezahlt bekommen. Hier heißt es anscheinend auch: „Frisch Vogel — oder stirb!“ So wird etwa gezahlt: für Cremeschokolade (100 Tafeln) 40 S, Bohnen (zweimal getaucht) 6 S pro Pfund. Dessert „Germania“, Pfund 5 1/2 bis 6 S, für 10 S-Hobenzollertafeln wurden 12 S versprochen, aber nie gezahlt. Für 100 getauchte Marzipan-tangen 10 S; bei jeder andern Firma 20 S; für andere 5 S-Artikel gar nur 8 S pro 100 Stück. Bei diesen miserablen Preisen bringen es die Kollegen, von denen der eine zirka 49 Jahre alt ist, auf M 17 bis M 18, höchstens M 19, und das nur, weil die Leute außerordentlich eingearbeitet sind. Im heißen Sommer wird es noch schlechter werden. Ein Kollege verließ schleunigst dies Eldorado, weil er es gar nur auf M 13 bringen konnte, obgleich er 18 Jahre alt war und drei Jahre Konditor gelernt hatte. Da ist es begreiflich, wenn der Chef ein geschworener Feind unseres Verbandes ist und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit irgend etwas von der „roten Fahne“ und so weiter zusammenschwafelt. Bei einer der letzten Neuanstellungen leistete er sich folgende Frage: „Na, Sie gehören doch nicht etwa zu der roten Seite?“ Ueberhaupt trägt dieser Herr ein äußerst aufgeregtes, polterndes Wesen zur Schau, was auch anscheinend einem der Herrensohne vererbt ist; dieser sechsundzwanzigjährige Herr erlaubt sich der Arbeiterschaft gegenüber Ausdrücke, wie man sie von gebildeten und anständigen Leuten sonst nicht zu hören bekommt; so z. B.: „Galten Sie das Maul, oder Sie fliegen raus“ usw. — Vielleicht findet der Herr einmal Zeit, Knigges „Umgang mit Menschen“ zu studieren. Lobend anerkennen wollen wir, daß ein anderer Sohn, im Kontor beschäftigt, die Arbeiter durchaus anständig — wie gleichwertige Menschen — behandelt.

Auch sind sonst noch einige markante Eigentümlichkeiten im Betriebe erwähnenswert. So müssen die Arbeiter des öfteren, wenn sie vom Mittag kommen, aus der Villa des Herrn Chefs Hühnerfutter abholen und nach der Fabrik mitbringen. Daß das umsonst zu geschehen hat, ist wohl selbstverständlich! Auch müssen oft genug nach getaner Arbeit Pakete und Kollis nach der Post oder gar an Privatleute gratis getragen werden. Es geht eben nichts über die Sparjamkeit. Will ein Arbeiter einem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen, so meinte der Herr des öfteren, der, wie verlautet, im Kirchenrat sitzt und doch sicherlich ein frommer Christ sein dürfte: „Ach, laßt die Toten die Toten begraben!“ — Kommentar durchaus überflüssig.

Ferner scheint sich jetzt auch eine Art Kautionsleistung einzubürgern. So mußte ein junger Mann, beim Ausschlagen von Tafeln beschäftigt, M 6 Kautions stellen;

neuerdings hat man sogar einen Menschen von zirka 20 Jahren mit dem riesigen Lohn von M 14 pro Woche angestellt; Kautions M 10, die etwa in zwei Raten in Abzug gebracht wurde. Wenn es nicht gar so traurig wäre, könnte man wirklich lachen. M 14 Lohn — und wegen der „kolossalen Verantwortlichkeit“ — M 10 Kautions. Auch hier guckt der Pferdefuß für jeden denkenden Menschen deutlich heraus; man will für alle Fälle geschützt sein, indem man glaubt, solche arme Teufel dann stets am Gängelband führen zu können, wenn sie einmal gegen den Stachel lösen.

Böse Beispiele verderben gute Sitten. Darum Augen auf, Kollegen, laßt Euch nirgends mehr auf den faulen Kautionszauber ein; damit bindet Ihr Euch selbst die Hände. Bei diesen Löhnen aber auch noch Kautions, das ist schon mehr als Hohn! Damit nun auch die heute so beliebten „humanitären Wohlthaten“ bei dieser Firma zur Geltung kommen, gibt es gelegentlich bei Jubiläen alter „verdienter Mitarbeiter“ nach fünfundsanzigjähriger Tätigkeit Ehrengeschenke. So vor einiger Zeit einem Kollegen M 150, nebst Festausflug, Freibier und allem was dazu gehört, für die andern Angestellten. Dieser Jubilar verdient heute nach bald dreißigjähriger Tätigkeit M 17,50 bis M 18 pro Woche. Was hat die Firma mit ihren M 150 für ein glänzendes Geschäft gemacht! Wenn sie dem Manne all die Jahre hindurch einen wirklich anständigen, zum Leben ausreichenden Lohn, gezahlt hätte, das würde ihr freilich mehr gekostet haben und sie konnte sich nicht einmal in dem Glanz ihrer Wohlthätigkeit sonnen, so wie es jetzt geschieht. Aber zum Glück ziehen all die kleinen Verdummungsmittelchen nicht mehr; die Arbeiter werden klüger, sie verlangen ihr Recht und sie pfeifen auf solch zweifelhaftige Wohlthaten. Ein ganzer Teil dieser Leute sind treue Mitkämpfer, mit ihnen allen wird die Firma einst zu rechnen haben.

Die Zuckerwarenfabrik Schmitz-Scholl, Aktien-Gesellschaft, Düsseldorf. Da die Krise in der Schokoladen- und Zuckerwarenbranche einigermaßen überwunden ist, zeigt sich auch bei den Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Gruppe wieder neues Leben, und dies ist recht so; denn sie sind tatsächlich nicht auf Rosen gebettet. In allen Besprechungen, die die Organisationsleitung in Düsseldorf mit den Beschäftigten der Firma Schmitz-Scholl hatte, kam zum Ausdruck, daß auch dort noch vieles verbesserungsbedürftig ist. Unter andern will die Firma allmählich in allen Abteilungen das Affordsystem einführen; wir wissen aber, Afford ist Nord und eine Schraube ohne Ende, die regelmäßig angedreht wird, wenn die Arbeiterschaft ein wenig über den üblichen früheren Wochenlohn hinauskommt. In dieser Fabrik werden zirka 250 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt; bei jeder Kleinigkeit werden Strafgeelder auferlegt, wo dieselben aber bleiben, das weiß heute noch niemand von denjenigen, denen man sie abnimmt. Ob es die Herren Aktionäre wissen? In andern Betrieben ist es üblich, daß der Arbeiterausschuß mitzubestimmen hat, was mit den Strafgeeldern zu geschehen hat; aber ein Arbeiterausschuß ist in diesem großen Betriebe eben nicht zu finden, trotzdem uns vor zwei Jahren schon die Zusicherung vom früheren Betriebsführer, Herrn Kreuziger, sowohl als auch in Gegenwart des jetzigen Betriebsführers, Herrn Stein, gefaßt wurde, daß sie einen Ausschuß wählen lassen wollten. Da dies bis heute also noch nicht geschehen ist, erinnern wir die Firma an ihr Versprechen, da sonst die Arbeiterschaft sich energisch mit der Frage beschäftigen will. Wir rufen aber auch den Arbeitern und Arbeiterinnen zu: haltet fest zusammen, und organisiert noch alle Fernstehenden, dann werden auch in diesem Betriebe Verhältnisse geschaffen werden, an denen jeder seine Freude hat. Wer arbeiten muß, soll auch so viel verdienen, daß er als Mensch ordentlich leben kann.

Arbeiterinnen, auf zur Agitation!

In unserer so „unendlich süßen“ Industrie findet die Frauen- und Mädchenarbeit ein immer größeres Anwendungsgebiet. Warum, ist leicht zu erklären. Diese kleinen, schlanken Hände sind ja so gut zu gebrauchen, da es hauptsächlich auf recht schnelle Arbeiten ankommt. Recht große Häufen. „Schafft's schneller, schneller — das ist ja gar nichts!“ und noch ganz andere Redensarten kann man ohne Unterlaß hören. Vorarbeiter, Abteilungsleiter, Meister, Direktrice, Betriebsleiter, Inspektor, Direktor, und dann der Höhepunkt dieser Stufenleiter: der Herr Chef selbst — all deren Hauptbeschäftigung besteht im Anfeuern! Dabei regnet es eventuell noch liebliche Rosenamen; man glaubt manchmal, sich in einem „Zoo“ zu befinden.

Was bei der ganzen Frauenarbeit in unserm Beruf jedoch das Schlimmste ist, ist die miserable Bezahlung, obgleich manche Arbeiterin einen Gehilfen ersetzen muß. Ja, man kann heute sagen, daß die Bezahlung der Arbeiterinnen in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie sich zum öffentlichen Skandal ausgewachsen hat. Wir finden noch in vielen Gegenden Anfangslöhne von M 6, teilweise noch darunter; Spezialarbeiterinnen, wie Kraline-Ueberzieherinnen, Marzipanarbeiterinnen, bringen es wohl, wenn es gut geht, auf M 12 im Afford, auch noch mehr, d. h. in der Regel nur während der Oster- und Weihnachtszeit. Die übrige Zeit gibt es schließlich verfürzte Arbeitszeit und somit, was bei unsern sozial denkenden Fabrikanten selbstverständlich ist, auch verfürzten Lohn. Zum Dank dafür, daß in der Hochsaison jedes sein Bestes hergibt, wird in der flauerer Zeit jede ausfallende Viertelstunde von dem geringen Lohn abgequatscht. Wenn sich aber einmal ein Mädchen ein Herz faßt und höflichst um eine kleine Verbesserung nachsucht, so hat der Großfabrikant immer Gründe zur Ablehnung. Der Arme schüttelt dann mit dem Kopfe, sagt, wenn eine „gute“ Arbeiterin vor ihm steht: „Ja Maria (oder

ist, gibt man einen endgültigen Konsens nur bis zum 1. Oktober 1914. Meine Herren, eine solche Verfügung deckt sich nicht mit dem, was Herr Minister Delbrück in Aussicht gestellt hat. Wir können das nicht als eine Erleichterung der Uebergangsbestimmungen anerkennen und bitten bringen, daß diese Worte etwas anders ausgelegt werden. Wir sind damit einverstanden, wenn in bezug auf die Reinlichkeit und Hygiene die schärfsten Maßnahmen getroffen werden, die wir auch als Kunden der Bäckermeister verlangen können. Aber deswegen einen Betrieb zu schließen, weil die Backstube einige Zentimeter zu niedrig ist nach den heutigen Polizeiverordnungen, und hunderte von Existenzen der Selbständigkeit zu berauben, das ist eine Sozialpolitik, die weder im Sinne der königlichen Staatsregierung noch dieses hohen Hauses liegen kann. (Sehr richtig!) Ich glaube mich da mit allen Fraktionen des hohen Hauses im Einklang zu befinden, daß wir die Dinge so nicht aufgefaßt wissen wollen. Wo kämen wir denn hin, wenn das richtig wäre, was nach Ansicht der Gewerbeaufsichtsbeamten hier kundgegeben wird, daß derartige nicht vorchriftsmäßig hohe Backstuben zum ständigen Aufenthalt von Menschen nicht geeignet seien, daß sie gesundheitsschädigend wirken. Ja, meine Herren, wenn wir da die Konsequenzen ziehen, müssen wir sofort sämtliche Bergwerke schließen; denn da sind die Verhältnisse noch ganz anders wie in den Backstuben. (Zurufe im Zentrum.) — Ja gewiß, das sind keine Backstuben, aber weil es richtig ist, daß es noch ganz andere und viel schlimmere Arbeitsverhältnisse gibt als diejenigen der Bäckergehilfen in einer Backstube von 2,50 m Höhe, deshalb kann man doch nicht einen Stand so hart bestrafen, weil er in bisher baupolizeilich genehmigten Räumen arbeiten muß.

... Und wo ist das Ende, wenn wir die schiefe Bahn einmal betreten haben, wo will die königliche Staatsregierung Halt machen? Bei den Bäckern? oder bei den Tischlern, weil deren Maschinen vielleicht zu viel Geräusch verursachen? In einer Fortsetzung werden wir die Antwort des Ministers sowie die auf die Verordnung bezugnehmenden Stellen der übrigen Redner folgen lassen.

Berichte aus den Wahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzufenden.)

Vernburg. Versammlung der Bäcker und Müller vom 13. März 1910. Nachdem die Eingänge erledigt und der Kartellbericht erstattet worden war, lagen von Dessau verschiedene Statutenänderungsvorschläge vor. Vom Kollegen Rißel (Müller) wurde beantragt, vor der Statutenberatung die Verschmelzungsfrage zu erledigen. Einstimmig beschlossen die Müller, die Verschmelzung mit dem Bäckerverband zu empfehlen. Der Delegierte zum Müllerverband soll beauftragt werden, in diesem Sinne auf dem Verbandstag zu wirken und zu stimmen. Vom Müllerverband waren Kollegen anwesend aus Aderstedt, Aisleben, Nischersleben, Al.-Wittenberg und Vernburg; von Ernsteleben war eine gleichlautende Zuschrift eingegangen. Bei der Statutenberatung waren die Kollegen der Ansicht, daß es den Mitgliedern nicht freistehen dürfe, welchen Staffelleistungsbeitrag sie zahlen wollen, und wurde dementsprechend beschlossen. Zu § 45 ist die Versammlung mit dem Dessauer Kollegen der Ansicht, daß derselbe wie im alten Statut bestehen bleiben müsse, um Geld zur Agitation zu haben. Angeregt wurde noch, daß vom Hauptvorstand eine Broschüre herausgegeben wird, die die wichtigsten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung enthält, und daß diese Broschüre gratis an die Mitglieder verabsolgt werde. Alle andern Dessauer Vorschläge sind abzulehnen. Angenommen wurde, um den Müllern entgegenzukommen, der Antrag, daß Mitglieder, die mindestens 15 Jahre dem Verbands angehören, keine Beiträge mehr zu zahlen brauchen; deren Angehörige erhalten im Todesfälle die Sterbeunterstützung jedoch ausbezahlt. Dann machte der Vorsitzende bekannt, daß im letzten Monat sechs neue Mitkämpfer aufgenommen wurden, er hofft, daß die Kollegen in der Agitation nicht erlahmen.

Hannover. Ausföhrlich des Streiks in der Bahnsenischen Kates-Fabrik meldete die Verbandsleitung alle Streitenden bei der Fabrikkrankenkasse als freiwillige Mitglieder an. Der Vorsitzende der Kasse, Herr Zerfas, lehnte die Entgegennahme der Anmeldung ab. Die Verbandsleitung wandte sich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde und beantragte auf Grund des § 58 des Krankenversicherungsgesetzes eine Entscheidung. Folgende Rechtsbelehrung wurde dem Kassenvorstande von der Aufsichtsbehörde zu teil:

Koalitionsfreiheit vorangegangen ist. Desto erfreuter müssen wir sein über die wertvollen, zum Teil durch ausgezeichnete Reproduktionen illustrierten Urkunden und Angaben, die Allmann für jene Zeit zusammengetragen hat. Wichtig sind auch die Darstellungen über die Anfänge der modernen Bäckerbewegung, über ihre ersten Lohnkämpfe, über die Lage der Arbeiter in jener Periode, über die Gegensätze von Lokalorganisation und Zentralorganisation. Wir werden in dem Buch wieder aufmerksam gemacht, daß, während sich die moderne Gewerkschaftsorganisation entwickelt, sich doch noch die Ausläufer alter zünftiger Organisationen bis in unsere Tage hinein erhalten haben. Eine der merkwürdigsten Urkunden, die in ausgezeichnetem Wiedergabe dem Bande beigegeben wurde, ist von Elbing vom 1. Mai 1906 datiert und verdient wirklich wenigstens die wirkliche Wiedergabe, da wir sie nicht wie Allmann im Bilde reproduzieren können:

Wir Weisiger und Altgesellen
der Bäckergehilfen-Brüderschaft

bescheinigen mit unserer Namens-Unterschrift und Siegel, daß der Bäckergehilf Willy Faust gebürtig aus Osterode von uns nach vollendetem Lehrlingsnach Handwerksgebrauch freigesprochen und in die Brüderschaft aufgenommen worden ist. Wir bitten jede löbliche Brüderschaft, so wie alle rechtsgültigen Gesellen, denen dieser von uns ausgefertigte Brüderschafts-Schein vorgelegt wird, demselben vollen Glauben beizumessen und Inhaber dieses zu seinem Fortkommen beifällig zu sein, welches wir in jedem Falle zu erwiedern bereit und willig sind.

So geschehen Elbing, den 1. Mai 1906.

Die Weisiger: A. Thimm. Die Altgesellen: Hobbe, Sanis.

Magistrat
der
Königlichen Haupt- und Residenzstadt
Hannover.

Hannover, 12. März 1910.

Aus Anlaß der Beschwerde des Wilhelm Weber von hier, Schillerstraße 4, haben wir beschlossen, die Anmeldung der in dem anliegenden Verzeichnisse benannten 261 Personen zur freiwilligen Mitgliedschaft als gültig anzuerkennen.

Wir geben dem Vorstande daher hiermit auf, das Erforderliche sofort in die Wege zu leiten.

An die
Betriebskrankenkasse der Hannoverschen Kates-Fabrik von
H. Bahlsen, hier.

Abchrift erhält
Herr Wilhelm Weber, hier, Schillerstraße 4,
zur Nachricht.
Chl.

Wir gestatten uns, unser Befremden auszudrücken über die Art, wie in dem Aktenstück des Magistrats mit dritten Personen umgegangen wird. Es lieft sich etwas vorfindlich die Wendung: „Aus Anlaß der Beschwerde des Wilhelm Weber von hier...“

Die Betriebsleitung weiß nun aber wenigstens, wie sie sich in zukünftigen Fällen zu verhalten hat und sie richtete in der Angelegenheit jetzt folgendes Schreiben an unsere Ortsverwaltung:

Indem wir Sie von dem Magistrats-Schreiben in Kenntnis setzen, bitten wir um gefl. Einreichung einer neuen Aufstellung des Personals, welche für die freiwillige Mitgliedschaft für unsere Krankenkasse noch in Betracht kommen.
Hochachtungsvoll
ppa. Hannoversche Kates-Fabrik.
H. Bahlsen. Zerfas.

Bezirk Herford-Vielefeld. Am 6. März fand eine Besprechung der Kollegen in Oehnhäusen statt, welche sich mit den Verhältnissen in unserm Beruf beschäftigte; ein neues Mitglied wurde gewonnen.

Am Nachmittage waren die Kollegen von Bünde zu einer Versammlung bei Mübel geladen, doch nur die zwei Konjunkturbücker waren erschienen, während der Bäckermeister selbst fehlte und die übrigen vorgeschickt hatten, an dem Tage einen Ausflug zu haben, was sich als glatt gelogen herausstellte. Da die Konjunkturbücker bisher noch nicht den Tarif anerkannt hat, so wurde gewünscht, deshalb an die Verwaltung heranzutreten, zumal diese früher Verhandlungen in Aussicht gestellt hatte, wenn die neue Bäckerei fertig sei, was nunmehr der Fall ist. Auch nahm der Referent die Gelegenheit wahr, die Genossin Wadtwig-Dresden, die am selben Tage über die „neue Wahlrechtsvorlage zum preussischen Landtag“ referierte, zu ersuchen, in nächster Zeit in Vielefeld und Herford vor unsern Arbeiterinnen zu sprechen.

Am 8. März waren die Kollegen von Baarmeyer und Flachmann in Herford zusammengekommen, um über das verlangte Ueberstundenmachen sich auszusprechen. — Man hatte verlangt, daß Ueberstunden ohne Extraaufschlag geleistet werden sollten, obgleich in früheren Jahren solche höher bezahlt worden sind. Alle Beschäftigten hatten sich auf einer Liste unterzeichnet und 10 s Aufschlag pro Ueberstunde erbeten. Der Firmeninhaber lehnte das ab und sagte ihnen, dann würden eben keine gemacht; wer nicht wollte, solle nach Hause gehen, und wenn sie am nächsten Tage auch nicht wiederkämen, schloffe er seine Fabrik einfach zu. Da die Kollegen fest blieben und geschlossen hinter ihrer Forderung standen, so ließ sich eben nichts machen, denn alle konnte man nicht gut hinauswerfen, und über die „liebheollen“ Schreckschiffe vom Ueberstunden der Fabrik, nun da fächelte die Arbeiterchaft einfach. Ueber die Gepflogenheiten der Firma Näheres noch an anderer Stelle. Der Geist der zu vier Fünfteln organisierten Kollegen ist ein vorzüglicher.

Am 16. März hatten wir in Herford eine allgemeine öffentliche Versammlung mit der Genossin Wadtwig-Dresden als Referentin einberufen. Sie sprach vor circa 150 Kollegen und Kolleginnen über: „Arbeiter und Arbeiterinnen im heutigen Klassenstaat.“ Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall. Nach anfeuernden Worten der Kollegen Pörsche und Biquisch konnten wiederum mehrere Aufnahmen gemacht werden. Wie sehr die Prinzipale unsere rührige Agitation zu beunruhigen scheint, geht aus manchem hervor. Der Mitinhaber der Firma Nolting, Herr Julius Nolting, befragte einen der Arbeiter, wer denn alles in der Versammlung gewesen sei, und dieser,

ein sechsundzwanzigjähriger Mann, nannte, weniger aus Böswilligkeit als aus Naivität, einige Namen derer, die sich erlaubt hatten, ihr Koalitionsrecht auszuüben. Nun, wir hoffen zur Ehre der Firma, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter respektiert, da sie wohl schon von Frechheit usw. sprechen würde, wenn die Arbeiter ihr gegenüber so neugierig sein würden. Ein besonders schöner und nobler Charakterzug von diesem Herrn Julius ist es auch nicht, daß er obigen Arbeiter und andere, in den zwanziger Jahren stehende Leute, immer noch zu Duzen sich erlaubt; das soll doch sicher nicht eine Art von Gleichberechtigungserkennung sein, sondern ist eine ungehörige Herabsetzung erwachsener Personen. Sollen die Arbeiter von der „Brüderschaft“ Gebrauch machen? Wenn die so Behandelten auch nicht Kapitalisten sind, so haben in puncto Ehre auch sie ein sehr feines Empfinden, was tuzendweise Beschwerden bei uns bewiesen haben. Offen wir also für die Zukunft das Beste! Es heißt ja wohl in jenen Kreisen: „Noblesse oblige!“ Unsere Kollegen aber, wenn sie nicht in den Verdacht eines Verräters an ihren Kameraden kommen wollen, tun gut, solche neugierigen Fragen ihrer „Brotgeber“ mit Klugheit zu parieren! Wieviel waren in der Versammlung? Ach — alle und noch einige Duzend mehr, so ungefähr sehe eine passende Antwort aus und künftige Fragen würden wohl nicht beliebt werden. Wenn es einmal an der Zeit sein wird, so werden die Herren Fabrikanten schon spüren, ob und wie ihre Arbeiterchaft organisiert ist. Also munter vorwärts — voran! Treue und Klugheit gegenüber seiner Klasse. Dummheit ist wohl eine Gabe Gottes, und auch bei manchem Fabrikanten beliebt, aber man soll sie niemals mißbrauchen.

In Bielefeld sprach die Genossin Wadtwig ebenfalls über das oben geschilderte Thema unter großem Beifall am 17. März. Die Versammlung war von gut 80 Kolleginnen und Kollegen der Firma Stradmann und Meyer besucht; es herrschte ein sehr guter Geist und es gelang abermals, elf Neuaufnahmen für unsern Verband zu machen. Also auch hier geht es ganz erfreulich vorwärts.

Magdeburg. Nachdem am 15. Februar in einer stark besuchten Versammlung mit großer Majorität die Befestigung des schmählichen Kost- und Logiszwanges im Hause des Meisters in einer Resolution gefordert wurde, beauftragte man gleichzeitig den Gesellenauschuß, sich unberzüglich mit dem Bäcker- und Konditorenverband und den andern hier bestehenden Vereinen in Verbindung zu setzen. Das ist geschehen, und am 10. März fand wieder eine stark besuchte Versammlung statt. Gehjchold, Berlin, sprach über: „Sind die Magdeburger Kollegen gewillt, gleich allen andern deutschen Bäckergehilfen endlich mit den in unserm Beruf noch vorhandenen menschenunwürdigen Verhältnissen gründlich durch einen Lohnkampf aufzuräumen?“ Redner wies darauf hin, wie es in den verflochtenen Jahren möglich gewesen sei, für Tausende Kollegen ganz bedeutende Vorteile zu erringen. In der Hand eines reichhaltigen Materials zeigte er, wie schädigend das heutige System des Kost- und Logiszwanges nicht nur für die Gesellen sei, die ja in erster Linie darunter zu leiden haben und in ein wahres Sklavenverhältnis gezwungen werden, sondern wie sehr gefährlich es für das gesamte konsumierende Publikum ist. Das haben die Bäckergehilfen schon zu Tausenden begriffen, was dadurch bewiesen ist, daß zurzeit die Kollegenchaft in mehreren Duzend großen und mittleren Städten in Lohnbewegungen steht, um sich Verbesserungen zu erkämpfen. Mit einem Appell, sich auch hier aufzuraffen, um die skandalösen Magdeburger Zustände zu beseitigen, schloß Redner unter stürmischem Beifall seine Ausführungen. Made ging besonders auf die örtlichen Verhältnisse ein, deren unhaltbare Zustände wieder durch eine vor kurzem aufgenommene Statistik bewiesen sind. Er gab einige Blüten des Logiszwanges bekannt. Nach einer kurzen Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher betont wird, gegenüber solchen erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die schärfsten Maßregeln zu ergreifen. Es wurde dann noch eine aus fünf Kollegen bestehende Lohnkommission gewählt. Weiter machte der Vorsitzende noch auf die nächste wichtige Mitgliederversammlung aufmerksam. Die Versammlung wurde dann mit einem Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung geschlossen.

Mühlhausen i. C. Am 13. d. M. tagte hier eine Mitgliederversammlung. Die Kollegen Gausler und Hafner gaben die letzten zwei Kartellberichte. Im zweiten Punkt wurde über „Stellungnahme zum Verbandstage“ verhandelt und zur weiteren Beratung des Statutenentwurfs eine viergliedrige Kommission gewählt, welche beauftragt wurde, in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Unter „Verschiedenes“ erklärte Kollege Müller, daß er die Behauptungen, welche er in der öffentlichen Versammlung

Es ist ungeheuer dankenswert, daß derartige bedeutungsvolle Urkunden über die letzten Ausläufer einer längst überlebten Arbeiterbewegung von den modernen Gewerkschaften nicht mißachtet, sondern der Nachwelt überliefert werden. Den meisten fehlt freilich der historische Sinn, sie haben vor allem Interesse an der Gegenwart und an der Zukunft. Auch ihnen bietet überaus wertvolle Belehrung das Buch von Allmann. Schildert er doch auf Grund eigener Anschauung und fleißiger Studien die von uns miterlebten 25 Jahre deutscher Bäckerorganisation, dieses mühevollen Werben, diese entsetzungsvollen Arbeiten, dieses opfermutige, immer neue Beginnen, dieses Kampf mit Kleinlichkeit und Nachsicht, mit Vorurteil bei den Gegnern und in den eigenen Reihen, dieses Kämpfen gegen übermächtige Gegner. Die Begeisterung der Mitglieder hielt in der ersten Zeit die Organisation mehr zusammen als die heute unverständlich kleinen Unterstützungen, die noch auf dem Wege der Sammelisten, der Festüberschüsse, der Unterstützung befreundeter Organisationen zusammengebracht werden mußten. All das ist lehrreich, auch für die jungen Gewerkschaftler unserer Tage; es kann ihre Kritik an der Gegenwart klären und ihnen erst zeigen, was ihnen die Gewerkschaft bietet, was sie der Gewerkschaft zu danken haben. Die Abrechnungen aus den achtzehnhundertachtziger Jahren, die Urkunden aus jener Zeit, die Formen der Organisation, die Anfänge des Arbeiterschutzes, die statistischen Erhebungen, die Schwierigkeiten in der Verwaltung, all das ist geschildert. Aus tiefem Dunkel, aus den größten Mißbilligkeiten entwickelt sich durch Zähigkeit und Opfermut eine Besserung aller Verhältnisse der Bäcker. Immer mehr wachsen sie aus dem früher herrschenden Naturallohn in den

Geldlohn hinein, früher unmögliche Forderungen werden nun zu Errungenschaften, die soziale Stellung der Gehilfen den Meistern gegenüber hebt sich, aus den 660 Mitgliedern des Jahres 1895 entwickelt sich das respektable Armeekorps von 18289 Bäckergehilfen. Mit Stolz und Genugtuung kann die Organisation der Bäcker zurückblicken auf das, was sie in jener Zeit geleistet hat.

Auch der Verband der Konditoren hatte mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, auch seine Geschichte ist bedeutungsvoll und ruhmvoll, wenn sie sich auch in noch kleinerem Rahmen abspielt als der Kampf der Bäckergehilfen. Nun sind Bäcker und Konditoren vereint in einer Organisation, ein gutes Fachblatt, ein Eifer in den Mitgliedschaften, eine gute gewerkschaftliche Zeitung läßt noch weit größere Eroberungen in der leider nur noch allzu indifferenten Gehilfenchaft des Bäcker- und Konditorgewerbes erwarten. Das Buch von Allmann kann der Ausgangspunkt weiterer kräftiger Agitation werden und so ebenso nützen für die Zukunft wie es die Vergangenheit erleuchtet und erklärt.

Von der Gewerkschaftspresse liegen mehrere Besprechungen vor. Die „Graphische Presse“, Organ des Lithographen- und Steinbruckerverbandes, und der „Kupferschmied“ veröffentlichen im Wortlaut die erste Besprechung im „Vorwärts“, der „Sattler und Portefeuille“ und der „Textilarbeiter“ bringen Auszüge aus der Rezension des Kollegen Lantke.

